

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

 CDU Fraktion Rödermark	Datum: 06.03.2017 Antragsteller: CDU-Fraktion Verfasser/in: <i>Michael Gensert</i> <i>Michael Spieß</i>								
Antrag der CDU-Fraktion: Verkürzung der Schrankenschließzeiten/Bahnübergang Ober-Roden									
Beratungsfolge: <table><thead><tr><th>Datum</th><th>Gremium</th></tr></thead><tbody><tr><td>15.03.2017</td><td>Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie</td></tr><tr><td>16.03.2017</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>28.03.2017</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr></tbody></table>		Datum	Gremium	15.03.2017	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie	16.03.2017	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	28.03.2017	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
Datum	Gremium								
15.03.2017	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie								
16.03.2017	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss								
28.03.2017	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark								

Sachverhalt/Begründung:

Gemäß dem beigefügten Schreiben des Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für das Land Hessen und den dazu abgegeben Erklärungen können die Schrankenschließzeiten am Bahnübergang Ober-Roden durch eine geänderte Technik wesentlich herabgesetzt werden.

Eine Verkürzung der Schrankenschließzeiten ist längst überfällig und würde für den Ortskern von Ober-Roden zu einer wesentlichen Verbesserung der Verkehrssituation, der Lebensbedingungen und der Bedingungen für die Rettungsdienste führen.

Beschlussvorschlag:

Die Schließzeiten am Bahnübergang Ober-Roden werden verringert. Hierzu wird die Technik zur Steuerung der Schranken am Bahnübergang geändert. Dies erfolgt unter anderem durch eine geänderte Anordnung der den Bahnübergang deckenden Haupt- und Vorsignale und durch Eingriffe in die Steuerung durch das elektronische Stellwerk in Offenbach. Der Magistrat wird beauftragt, bei der Deutschen Bahn AG hinsichtlich der notwendigen Änderungen vorstellig zu werden und dafür Sorge zu tragen, dass die Bahn die neue Technik einführt.

Der Magistrat wird ferner beauftragt, Fördermittel für diese Maßnahme zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung: